



Hisbollah-Unterstützer in Beirut

HASSAN AMMAR / AP PHOTO

Geldwäsche

Drogenmillionen für den Terror

Verdächtige Libanesen sollen im Auftrag der Hisbollah auch in Deutschland tätig gewesen sein.

Ermittler der Zollfahndung Essen haben eine Gruppe Libanesen enttarnt, die in den vergangenen zwei Jahren europaweit mindestens 75 Millionen Euro Drogengeld gewaschen haben soll. Die Verdächtigen sollen im Auftrag der schiitischen Hisbollah gehandelt haben, die von den USA als Terrororganisation eingestuft wird und an der Seite von Präsident Assad in Syrien kämpft. Die Libanesen hätten jede Woche in ganz Europa rund eine Million Euro eingesammelt und dafür Luxuswaren erworben: Autos, Uhren, Schmuck. Der Erlös daraus sei an südamerikanische Drogenkartelle geflossen. In Deutschland seien so allein 2015 rund zehn Millionen Euro gewaschen worden. Ausgangspunkt der Ermittlungen war der Fund zweier Reisetaschen mit 489 000 Euro Bargeld bei zwei Libanesen an der deutsch-belgischen Grenze.

Die Männer gaben an, auf Einkaufstour in Belgien gewesen zu sein, hatten aber nur zwei Designerunterhosen im Gepäck. Nachforschungen führten zu einem ähnlichen Fall in Frankreich, wo bereits die US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA eingeschaltet worden war. Bei einer von Europol koordinierten Razzia Ende Januar wurden europaweit zehn Libanesen festgenommen; in Deutschland waren Spezialeinheiten des Zolls und die GSG 9 gegen vier Verdächtige in Düsseldorf, Münster und Ganderkesee im Einsatz. Bei ihnen wurden 260 000 Euro Bargeld, ein Range Rover und zwei Uhren im Wert von jeweils rund 100 000 Euro beschlagnahmt. Sowohl Europol als auch das US-Finanzministerium gehen davon aus, dass mit dem Gewinn aus der Geldwäsche die Hisbollah finanziert wurde. [aul](#)

Hochschulen

„Das ist Unsinn“



BRITTA PEDERSEN / DPA

Vor wenigen Tagen stellte die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern den Fahrplan zur Fortsetzung der Exzellenzinitiative vor, ein jährlich 533 Millionen Euro schweres Förderprogramm für deutsche Hochschulen. **Dieter Imboden**, 72, Umweltphysiker aus der Schweiz, evaluierte als

Leiter einer Expertenkommission, was die Exzellenzförderung bisher gebracht hat, und präsentierte Vorschläge für die Neuauflage.

SPIEGEL: Die Wissenschafts- und Finanzminister haben viele Vorschläge Ihrer Kommission angenommen – nur den wichtigsten nicht. Deutsche Hochschulen werden sich auch in Zukunft mit aufwendigen Anträgen um den Titel „Exzellenzuniversität“ bewerben müssen.

Imboden: Ja, das ist schade. Meine Kommission wollte,

dass die Universitäten aufgrund bereits erbrachter Forschungsleistungen prämiert werden – und nicht anhand der Anträge. Aber dieser Schritt war für die deutsche Hochschullandschaft vermutlich zu groß. Es grenzte an ein politisches Wunder, wenn die Politik die Vorschläge einer Expertenkommission eins zu eins übernehmen würde.

SPIEGEL: Was stört Sie an den Anträgen?

Imboden: In den vergangenen Runden haben die Universitäten dafür einen enormen Aufwand betrieben. Dass so vie-

le Personen involviert waren, das ist Unsinn! Zudem sitzen in den Rektoraten geübte Antragschreiber, die genau wissen, wie sie formulieren müssen. Meine Prognose: Aufgrund der Anträge allein wird man die Besten nicht von den Guten unterscheiden können.

SPIEGEL: Die Politik wünscht sich mehr Sichtbarkeit der deutschen Universitäten im internationalen Vergleich.

Imboden: Der Weg ist noch sehr, sehr weit. Die Exzellenzinitiative ist ein Anfang. Ausreichen wird das aber nicht. *olb*